

2021/4/1: CHINA - TAIWAN - USA

CHINA - TAIWAN - USA

Die USA sind bislang nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im asiatisch-pazifischen Raum noch immer die dominierende Weltmacht. Durch die Wahrung der freien Seewege in der Großregion beziehen auch die Europäer fernab ihren Nutzen davon. Anfang der 1970er leitete der damalige US-Sicherheitsberater und spätere US-Außenminister Henry Kissinger den politischen Ausgleich mit der Volksrepublik China ein, den Amerika trotz aller Gegensätze und Widersprüche (Massaker am Tiananmen-Platz 1989) unterstützte. Die politische und ökonomische Öffnung Chinas seit Deng Xiaoping wurde positiv von Washington begleitet, wobei in den darauffolgenden Jahrzehnten Washington versuchte, das aufstrebende „Reich der Mitte“ in die westlich geprägte Weltordnung (einschließlich der UNO-Institutionen) schrittweise zu integrieren.

Spätestens seit der Ära des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, der immer mehr Kompetenzen an seine Person zu binden versucht, hat sich die US-Strategie als „Illusion“ herausgestellt. Im Rahmen der global angelegten „Neuen Seidenstraßen“-Strategie versucht Peking seine ökonomische, politische und letztlich auch militärische Macht immer weiter auszuweiten. Zur Machtdurchsetzung zielt technologisch rasch aufholende China umfangreiche digitale Überwachungstechnologie ins Treffen. Zensur und Repression gegen eigene Opposition im Lande, aber auch gegen die muslimisch geprägte Bevölkerung der Uiguren in der westlichen chinesischen Provinz Xinjiang, zuletzt auch gegen die unbeeinträchtigte Demokratiebewegung in Hongkong, beweisen einmal mehr, wie ein kommunistisches Regime in Peking vorgeht.

Ein besonderer Zankapfel mit den USA ist seit Jahrzehnten die aus Pekinger Sicht „abtrünnige Insel“ Taiwan. China verstärkt mit zunehmender Macht im Rahmen der ausgerufenen „Ein-China-Politik“ den Druck auf Taiwan. Militärisches Säbelrasseln und Maßnahmen gehören in der Straße von Taiwan zur Tagesordnung. Amerika gilt als Schutzmacht Taiwans. Wichtige Eckpunkte in den bilateralen Beziehungen sind der Taiwan Relations Act von 1979 und der 2018 vom US-Kongress beschlossene Taiwan Travel Act, die – wie inoffiziell – tiefgreifende ökonomisch-politisch-militärische Kooperation beinhalten.

Die USA wollen zwar eine militärische Auseinandersetzung mit China vermeiden, doch braucht es aus westlicher Sicht ein umfassendes geostrategisches „Gegengewicht der Eindämmung“ in Zusammenarbeit mit den pro-westlichen Anrainerländern im pazifischen Raum, um weitere chinesische Machtprojektionen zu verhindern.

Strategische Ambiguität

Der Begriff der strategischen Ambiguität hat lange Zeit das Engagement der Vereinigten Staaten in den Beziehungen zwischen China und Taiwan geleitet. Er besagt, dass Washington absichtlich unklar bleibt, ob und wie es in einem Konflikt zwischen China und Taiwan würde, um ein Gleichgewicht von Sicherheit und Abschreckung für beide Seiten zu wahren. Ausgehend von einer neoklassischen Perspektive argumentieren westliche Sicherheitsexperten, dass innenpolitische und individuelle Faktoren - insbesondere der amerikanische Populismus, der US-Kongress und das außenpolitische Establishment sowie die transaktionale und personalisierte Herangehensweise der Außenpolitik durch den früheren US-Präsidenten Donald Trump - mit dem sich verschiebenden Machtgleichgewicht zwischen den USA und China interagiert haben, um einen anderen Modus amerikanischer strategischer Mehrdeutigkeit in der Straße von Taiwan zu erzeugen. Eine weit verbreitete Ansicht ist, dass sich die USA in den letzten Jahren als Folge des wachsenden Machtkampfes zwischen den USA und China weitgehend auf Taiwan zubewegt haben. So widerspiegelte sich in der Trump-Ära eine strategische Ambiguität, die, obwohl sie das Gleichgewicht der Ambiguität zugunsten Taiwans zu stören schien - paradoxerweise und wahrscheinlich unbeabsichtigt - sowohl für Taiwan Zusicherungen und Warnungen aufrechterhielt. Doch während Trump wohl das Gesamtgleichgewicht der strategischen Mehrdeutigkeit bewahrt hatte, hatte er eine größere Volatilität in die Beziehungen zwischen China und Taiwan gebracht.

Trumps Herangehensweise an die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Meerenge erhöhte jedoch das Gefühl der Unsicherheit ohne notwendigerweise das Sicherheitsgefühl in Taipeh zu verbessern. Gleichzeitig erhöhte sich damit auch das Risiko einer Fehlentscheidung und Eskalation, um einen Konflikt zu entfachen, wenn der Druck über die Meerenge hinweg zunahm. Während Trumps strategische Ambiguität bisher unbeabsichtigt ein Gleichgewicht aufrechterhalten hatte, könnte es eine ebenso unbeabsichtigte destabilisierende Verschiebung in beide Richtungen - über die Meerenge hinweg erfahren, betonten so manche politischen Beobachter.[1]

Mit Joe Biden als neuem Präsidenten im Weißen Haus sollte sein traditionelleres Engagement für Multilateralismus, Allianzen und strategisches Engagement gegenüber China etwas von der verlorenen Stabilität in die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan zurückbringen, wenn man von den Erfahrungen der Vergangenheit ausgehen kann. Allerdings steht nun Biden vor der gleichen Herausforderung, die Taiwanstraße inmitten der Spannungen zwischen Peking und Taipeh zu stabilisieren, die in absehbarer Zeit anhaltenden Spannungen wohl kaum abnehmen werden. Außerdem sind destabilisierende Tendenzen in Form der sich verschärfenden Rivalität zwischen den USA und China, des zunehmenden Nationalismus in beiden Ländern und des immer stärker und aggressiv werdenden Chinas nicht leicht umkehrbar und würden jede amerikanische Regierung vor Probleme stellen, die versucht, die Beziehungen zu Taiwan auf gleichem Kurs zu halten. Es gibt daher keine Garantien, dass Biden mehr Stabilität in die Taiwanstraße bringen kann. Gewissheit ist, dass Amerika weiterhin eine zentrale Rolle in den komplexen und volatilen Beziehungen zwischen Taiwan und China spielen wird.

Die Wahl von Tsai Ing-wen zur Präsidentin der Republik China (Taiwan) im Jahr 2016 hat Pekings Bestreben, bisherige taiwanesischen diplomatischen Verbündeten auf internationaler Bühne abzuwerben, neu belebt. Zwischen ihrer Wahl im Januar 2016 und der Wiederwahl im Januar 2020 hat Taiwan sieben Länder an China verloren. Nach acht Jahren eines „diplomatischen Waffenstillstands“ unter Präsident Ma Ying-jeou (2008-2016) hat China seine mehrgleisige Strategie wieder aufgenommen, um Taiwan zu einer möglichen Vereinigung zu drängen. Die Schlüsseltaktiken bestehen darin, alle jetzt 15 verbliebenen diplomatischen Verbündeten Taiwans abzuwerben, um Taiwans internationale Legitimität zu beseitigen.[2]

Am 2. Januar 2019 hielt der chinesische Staatschef Xi Jinping eine Rede an die Landsleute in Taiwan und enthüllte die wichtigste der Volksrepublik China gegenüber Taiwan. In der Rede erklärte Xi, dass die Wiedervereinigung Taiwans der „Traum Chinas“ sei. Ehrgeiz Chinas zu erfüllen, betonte Xi, werde China nicht auf die Anwendung von Gewalt verzichten und sich die Möglichkeit vor notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Noch wichtiger ist, dass China bestrebt sein wird, die Wiedervereinigung durch eine Vielzahl Mittel zu fördern - einschließlich der Institutionalisierung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über die Meerengen der Schaffung eines gemeinsamen Marktes und der Gewährung einer bevorzugten Behandlung von „Landsleuten“ in Taiwan. Darin ist China bestrebt, die öffentliche Meinung in Taiwan zu beeinflussen, indem es „engere Bande mit Herz und Verstand knüpft“, und verschiedenen sozialen Austausch und Kommunikation. Xis Rede machte deutlich, dass in einer Welt der Interdependenz sowohl wirtschaftliche Staatswesen als auch die soziale Durchdringung zu zwei entscheidenden Strategien für China geworden sind, um den Einflussbereich auf Taiwan auszuweiten.

Die wirtschaftliche Globalisierung und die technologische Revolution haben verschiedene Formen der globalen Konnektivität geschaffen, darunter Handel, Investitionen, Infrastruktur, digitale und zwischenmenschliche Verbindungen. Diese Verbindungen erleichtern nicht nur nationale Entwicklung, sondern sie ermöglichen Peking auch eine umfassende wirtschaftliche Manipulation und soziale Durchdringung der ganzen Welt. Es liegt auf der Hand, dass Chinas wirtschaftliche Staatskunst und soziale Durchdringung sich von der Anwendung von Zwangsgewalt auf der Grundlage brutaler Gewalt unterscheiden.

In den letzten Jahren hat der chinesische Staatsapparat Taiwan verstärkt ins Visier genommen, indem Peking verschiedene Medien, traditionelle Radiosender und neue soziale Medien nutzt. Die lokalen Radiosender im zentralen und südlichen Teil Taiwans sind die wichtigsten lokalen Quellen für alltägliche Informationen zur Unterstützung der pro-taiwanesischen Unabhängigkeitsstimmung. In Taiwan veranstaltet die KP Chinas zur Förderung der Wiedervereinigung Radioprogramme in den südlichen Städten Taiwans in Verbindung mit sozialen Medien, wie etwa der Facebook-Fanseite mit Live-Streaming, um der lokalen Bevölkerung die pro-chinesische Ideologie und Desinformation zu vermitteln. Im Rahmen der „Gehirnwäsche“ werden unter anderem die politische Wirtschaftsentwicklung und die Industriepolitik Chinas unter der Führung von Xi Jinping gelobt, der Erfolg der „Neuen Seidenstraßen“-Initiative weltweit hervorgehoben, soziale und wirtschaftliche Integration Chinas mit Taiwan befürwortet. Einige Propagandabotschaften Pekings beinhalteten sogar, chinesische Volksbefreiungsarmee Taiwan am besten selbst gegen den Terrorismus oder andere Länder (darunter die Vereinigten Staaten) verteidigen sollte. Diese Propagandastrategien Pekings sollen einen neuen „pro-chinesischen gesellschaftlichen Echoraum“ auf der Insel entstehen lassen.[3]

Die USA könnten als Schutzmacht Taiwans etwa Gegenmaßnahmen erwägen, die Taipei Economic and Cultural Representative Office (TECRO) in Washington und die Taipei Economic and Cultural Offices (TECO) im ganzen Land umzubenennen, um „Taiwan“ anstatt Taipei in den Namen aufzunehmen.

Zudem könnte Washington durchsetzungsfähigere Maßnahmen ergreifen, um Taiwans Vollmitgliedschaft in geeigneten internationalen Organisationen zu unterstützen, die einen ständigen Beobachterstatus in solchen Organisationen haben, in denen eine Mitgliedschaft wahrscheinlich unerreichbar ist (zum Beispiel Interpol). Die Maßnahmen der USA, die die Aufnahme Taiwans fördern, sollten erkläre die Welt von der Aufnahme Taiwans profitieren würde. Wenn der Beobachterstatus oder die Teilnahme an Aktivitäten und Veranstaltungen internationaler Organisationen nicht erreicht werden kann, dann könnten die Vereinigten Staaten hochrangige taiwanesischen Beamten einladen. Ein Modell dafür war die Einladung der Trump-Administration an Botschafterin Lily Hsu, Generaldirektorin des TECO in Taiwan zur Teilnahme an dem von den USA organisierten „Global Call to Protect Religious Freedom“ bei der UNO im September 2019. Wenn den Vereinigten Staaten gelingt, mit anderen wichtigen Mitgliedern internationaler Organisationen eine geschlossene Front zu bilden, könnte sie schließlich einen größeren Zugang Taiwans zur Mitgliedschaft erlangen.

Die USA können weiters Chinas Scheckbuchdiplomatie-Bemühungen ausgleichen - und auch den breiteren Interessen der USA bei der Kontrolle des wachsenden Einflusses Chinas dienen, indem sie gegebenenfalls ähnliche Hilfe und Ressourcen anbieten. Diese Hilfen sind für die USA attraktiv, da die Chinas „Schuldenfalle“-Diplomatie misstrauisch gegenüberstehen. Die Vereinigten Staaten haben mit der Verabschiedung des „Better Utilization of Investments Leading to Development“ (BUILD) Act von 2018 erste Schritte in diese Richtung unternommen, „die Entwicklung des marktbasiereten Privatsektors und das Wirtschaftswachstum in weniger entwickelten Ländern durch die Bereitstellung von Krediten, Kapital und anderer finanzieller Unterstützung zu erleichtern“. Als kleinere Version von Chinas „Neue Seidenstraßen“-Initiative könnte der BUILD Act den Nebeneffekt haben, dass er die Wahrscheinlichkeit verringert, einige der verbündeten diplomatischen Verbündeten Taiwans die formellen Beziehungen zu Taiwan abzubrechen, um sich Entwicklungsgelder von China zu sichern.

Die Verabschiedung und Umsetzung dieser Politik wird Pekings Bestreben, Taiwan durch Abwerbung aller seiner diplomatischen Beziehungen unter Druck zu setzen, wahrscheinlich nicht aufhalten. China hat die Fähigkeit und den Willen, Taiwan - und die Vereinigten Staaten im Wettstreit darüber, ob Länder diplomatische Beziehungen mit Peking oder Taipei unterhalten, weiter unter Druck zu setzen. Nichts könnte die Arbeit zur Förderung engerer Beziehungen zwischen Taiwan und anderen Staaten zur Aufrechterhaltung der bestehenden diplomatischen Beziehungen Taiwan etwas Spielraum geben und damit auch den amerikanischen Interessen förderlich sein.

Taiwan muss in enger Abstimmung mit den USA und den anderen pro-westlichen Anrainerlandern mehr als auf der Hut vor Pekings „Einlullungstaktiken“ sein, um entschlossen die demokratischen Werte der Aufklärung und der Menschenrechte vor allen autoritären Regimen zu verteidigen.

Nach Einschätzung einiger hoher US-Militärs könne es durchaus sein, dass Chinas Volksbefreiungsarmee Taiwan innerhalb der nächsten sechs Jahre - also vor 2027 - überfalle, sagte der für den Asien-Pazifik-Raum zuständige US-Admiral Philip Davidson am 9. März einem Ausschuss des US-Senats in Washington. „Die Bedrohung besteht eindeutig in diesem Jahrzehnt, um klar zu sein, in den nächsten sechs Jahren“, so Davidson.[4]

Peking verwehrt sich gegen solche Anschuldigungen und betonte, die USA wollten den Streit um die Zukunft Taiwans „aufbauend“ suchen nach einem Vorwand, ihre Militärausgaben zu erhöhen, ihre Truppen zu verstärken und sich in regionale Angelegenheiten „einzumischen“.

Abgeschlossen: Ar

Anmerkungen:

[1] Hoo Tiang Boon / Hannah Elyse Sworn, „STRATEGIC AMBIGUITY AND THE TRUMP APPROACH TO CHINA-TAIWAN RELATIONS“, In: International Affairs 6/2020, S. 1487-1508.

[2] Thomas J. Shattuck, „THE RACE TO ZERO? CHINA'S POACHING OF TAIWAN'S DIPLOMATIC ALLIES“. In: Orbis 2/2020, S.

[3] Chia-Chien Chang / Alan H. Yang, „WEAPONIZED INTERDEPENDENCE: CHINA'S ECONOMIC STATECRAFT AND SOCIAL PENETRATION AGAINST TAIWAN“. In: Orbis 2/2020, S. 312- 333.

[4] Davidson: China Could Try to Take Control of Taiwan In 'Next Six Years'. In: USNI-News-Online v. 9.3.2021: <https://news.usni.c/09/davidson-china-could-try-to-take-control-of-taiwan-in-next-six-years>

Weiterführende LINKS:

[What's behind the China-Taiwan divide? - BBC News - BBC.com](#)

[Taiwan Is More Than a Pawn to Be Sacrificed to China](#)

[The Taiwan Factor in U.S.-China Relations: An Interpretation](#)

[U.S. Tries to Bolster Taiwan's Status, Short of Recognizing Sovereignty](#)

[China-Taiwan: Young People Confront Their History](#)

[The Changing Dynamics of the Relations among China, Taiwan, and the United States](#)

[Unpacking the China-Taiwan Relationship](#)

[China-Taiwan Relations – The Diplomat](#)

[Taiwan and Cross-Strait Relations • Stimson Center](#)

[As US-Taiwan Relations Flourish, China's Discontent Grows](#)

[In Taiwan, Views of Mainland China Mostly Negative](#)

[CROSS-STRAIT RELATIONS - Taiwan.gov.tw](#)

[China tensions push India and Taiwan closer together](#)

[Relations between the Chinese Mainland and Taiwan - jstor](#)

[China-Taiwan Economic Relations - Peterson Institute for International Economics](#)

[The Taiwan Issue and the Normalization of US-China Relations](#)

[Wir müssen China Einhaltung gebieten - bevor es seine militärischen Drohungen wahr macht. In: DIE WELT-Online v. 18.10.2020.](#)

[Taiwan kontert chinesische Militärmanöver mit Kriegsrhetorik. In: HANDELSBLATT-Online v. 24.9.2020.](#)

[Waffen für Taiwan: China kündigt Sanktionen gegen US-Firmen an](#)

[China droht Amerika mit Vergeltung für Rüstungsdeal](#)